61. Jahrgang — Nr. 249 Heidelberger Zeitung Samstag, 25. Oktober 1919

Die „Badische Post“ erscheint an jedem Wochentage mittags 12 Uhr und kostet bei jeder Postanstalt monatlich Mk. 2.20, vierteljährlich Mk. 6.60 ausschließlich Zustellgebühr; durch die Agenturen oder die Trägerinnen frei ins Haus monatlich Mk. 2.25. Hauptschriftleiter: Kurt Fischer.

Gegründet 1858

Anzeigenpreis: die 35 mm breite Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., im Reklamenteil die 75 mm breite Petitzeile 140 Pfg., mit Platzvorschrift 160 Pfg. Bei Wiederholungen Nachlaß nach Tarif. Im Einzelverkauf kostet die „Badische Post“ in Heidelberg 10 Pfg., auswärts 15 Pfg.

Badische Post

Wochenbeilage: Der Born

Landesorgan der Deutschen liberalen Volkspartei Badens

Hauptschriftleiter und verantwortlich für den politischen und volkswirtschaftlichen Teil Kurt Fischer, für das Feuilleton, Kunst und Wissenschaft, Theater und Musik, Neues aus aller Welt und die Unterhaltungsbeilage Julius Kraemer, für Baden, Oertliches und Literatur Fritz Gandenberger von Moisy, für Turnen, Spiel und Sport Alfred Schmitz, sämtlich in Heidelberg. Fernruf 182. — Berliner Vertretung: Berlin W 50, Bambergerstr. 3. Fernruf Amt Kurfürst 318. — Für den Anzeigenteil verantwortlich Alfred Schmitz in Heidelberg, Fernruf 82. — Druck und Verlag: Heidelberger Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H. Heidelberg, Hauptstr. 23.

Das Wichtigste vom Tage

Deutschland weigert sich, an der Blockade gegen Sowjetrußland teilzunehmen.

*

Das Wirtschaftsabkommen mit Polen ist vorläufig abgeschlossen worden. Der Durchgangsverkehr wird sofort wieder aufgenommen.

*

Die Präsidenten der Landesfinanzämter sind in Berlin zu einer Konferenz zusammengetreten.

*

Das Gesetz gegen die Kapitalflucht tritt heute in Kraft.

*

Die Kohlennot verschärft sich. In Königsberg ist das Elektrizitätswerk, in München das Gaswerk stillgelegt.

*

Die Regierungskrise in Bayern ist beigelegt. Es bleibt alles wie es war.

Die Einstellung der Feindseligkeiten

Versailles, 24. Okt. Das „Journal“ veröffentlicht ein Gesetz, wonach vom 24. Oktober ab die Feindseligkeiten ihr Ende erreicht haben und der Friedenszustand effektiv geworden ist.

= **Lugano**, 23. Okt. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Corriere“ berichtet, Clemenceau habe als Präsident der Friedenskonferenz alle im Rate des Völkerbundes vertretenen Mächte eingeladen, ihre Delegierten zu ernennen. Die Mitglieder des Rates müssen mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages in Paris anwesend sein.

Friedensschluß und Völkerbund

Paris, 24. Okt. Der oberste Rat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, an Wilson, als Präsidenten des Völkerbundes, ein Telegramm zu schicken, um ihn aufzufordern, gleichzeitig mit dem Austausch des Friedensvertrags die erste Sitzung des Rates des Völkerbundes einzuberufen. Beide Zeremonien sollen sich im Auswärtigen Amt in Paris abspielen. Man erwartet die baldige Antwort des Präsidenten, auf dessen Zustimmung man hofft, da hierdurch drei wichtige Angelegenheiten zusammen erledigt würden, nämlich: 1. Der Austausch der Ratifikationen. 2. die Inkraftsetzung des Friedensvertrages und 3. die erste Sitzung des obersten Rates des Völkerbundes.

Amerika und der Frieden

Haag, 24. Okt. Der Senatsausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten hat fünf Vorbehalte für die Annahme des Friedensvertrages angenommen. Der 1. sieht vor, daß die Vereinigten Staaten allein darüber zu urteilen haben, ob im Falle des Austritts aus dem Bunde den internationalen Verpflichtungen nachzukommen ist, der 2., daß die Vereinigten Staaten keinerlei Verpflichtungen haben, die territoriale Unversehrtheit eines Landes zu verteidigen oder bei Streitigkeiten zwischen zwei Ländern zu intervenieren, oder militärische Hilfe zu gewähren, es sei denn, daß der Kongreß dies genehmige, der 3. bestimmt, daß kein Mandat ohne Zustimmung des Kongresses angenommen werden darf, der 4. gibt allein den Vereinigten Staaten das Recht, über ihre inneren Angelegenheiten zu urteilen; in dem 5. wird erklärt, daß die Vereinigten Staaten die Monroe-Doktrin keinem Schiedsgericht unterwerfen wollen.

Amsterdam, 24. Okt. Die Evening Post meldet aus Washington, daß der diplomatische Vertreter der Vereinigten Staaten in Berlin den Rang eines Geschäftsträgers haben wird. Er werde durch einen beglaubigten Gesandten erst ersetzt, wenn genügend Zeit vergangen sei, um beurteilen zu können, ob die deutsche Regierung ihren Verpflichtungen nachkomme.

Washington, 23. Okt. Senator Watson gab im Senat die Erklärung ab, daß in den Departements der Regierung „Radikale und Revolutionäre“ tätig seien. Er reichte eine Entschließung ein, welche eine Untersuchung verlangt.

---

* **General Holban**, der Kommandant der rumänischen Truppen in Ungarn, hat Selbstmord begangen.

Die Wirrnisse im deutschen Osten

Die Blockade gegen Sowjet-Rußland

Die Haltung Deutschlands

Von unserem Berliner Vertreter.

(.) **Berlin**, 25. Okt. Wie wir hören, hat der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten in seiner Sitzung am Freitag Stellung in der Frage der Blockade der Entente gegen Sowjetrußland genommen. Der Ausschuß billigt die Haltung der Regierung, die Beteiligung an der Blockade Rußlands abzulehnen. Sämtliche Fraktionen der Nationalversammlung sprachen sich einmütig gegen die Teilnahme an der Blockade aus.

Die deutsche Antwort auf die Blockadenote der Entente gegen Sowjet-Rußland wird wahrscheinlich am Montag abgehen. In der Note erklärt die deutsche Regierung, daß sie zwar jegliche Gemeinschaft mit Sowjet-Rußland ablehne, aber gezwungen sei, sich entschieden zu weigern, an der Hungerblockade gegen irgend ein Land teilzunehmen.

Das deutsche Volk, das etwa 5 Jahre lang unter den Schrecknissen der Hungerblockade gelitten habe, könne es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren, sich an einem so fürchterlichen Unrecht gegen irgend eine Nation zu beteiligen.

Wie wir weiter hören, beabsichtigen die neutralen Staaten ebenfalls, sich zu weigern, an der Blockade gegen Sowjet-Rußland teilzunehmen.

Die Haltung der Schweiz

Basel, 24. Okt. Der schweizerische Bundesrat hat die Note festgestellt, die als Antwort auf die Ententenote wegen der Teilnahme der Schweiz an der wirtschaftlichen Blockade gegen Rußland zu gelten hat. Der Text wird veröffentlicht werden, sobald er im Besitz der Ententeregierungen ist. Der Inhalt der Note ist, wie die „Basler Nachrichten“ hinzufügen, durch die Tatsache gegeben, daß die Schweiz bis jetzt keinerlei wirtschaftlichen Verkehr mit der Sowjetregierung unterhielt.

Die Kämpfe in Rußland

Eigener Drahtbericht der „Badischen Post“

Helsingfors, 24. Okt. Die Russische Nordwestarmee macht Fortschitte in der Richtung auf Luga. Bei Lissino kam es zu heftigen Kämpfen. Die Bolschewisten brachten Kerntruppen in die Petersburger Front.

= **Basel**, 24. Okt. (Privattel.) „Daily Mail“ meldet: Ein Geschwader britischer Marineflieger hat am Dienstag Petersburg überflogen und Bomben abgeworfen. Die Flieger wurden von den Außenstadtteilen her stark unter Feuer genommen. Nordöstlich von Petersburg wurden bolschewistische Kolonnen aufmarschierend beobachtet.

= **Basel**, 23. Okt. (Privattel.) Die „Times“ meldet aus Omsk: Die 3. bolschewistische Armee, die bedeutendste der bolschewistischen Heere, hat sich dem General Awalow ergeben, da die aus Moskau erbetenen Verstärkungen ausblichen. 33 000 Mann fielen in die Hände der weißen Armee.

Die Tragödie des Ostens

Der Deutsche Heimatbund Posener Flüchtlinge hat soeben eine Denkschrift herausgegeben. Es ist ein erschütterndes Bild, das die Denkschrift vor unseren Augen entrollt. Erst dorthin gerufen und dann im Stich gelassen, das ist das Los der Posener Deutschen. Sie sind nun ganz auf sich gestellt. Keine starke Behörde wird ihnen die schützende Fürsorge gewähren. Aber die Denkschrift hinterläßt beim Leser nicht den Eindruck, als ob wir für das kernige Geschlecht zu fürchten haben. An uns Deutschen im Reich ist es nun, diese treuen Söhne ihrer Heimat nicht zu vergessen, sondern ihre Sorge zu unserer Sorge zu machen. Die Denkschrift ist ein bemerkenswerter Beitrag zur Tragödie des Ostens. Der Bund wird demnächst seine erste Ostmärkische Volkshochschule in Meseritz eröffnen. Den Ehrenvorsitz über den Ehrenrat des Bundes hat Generalfeldmarschall v. Hindenburg angenommen.

Eine erschütternde Anklage enthält das Vorwort, wir geben es, ein Zeugnis dieser Zeit, vollinhaltlich wieder:

Diese Denkschrift, herausgegeben im August 1919, ist ein Beitrag zur Tragödie des Ostens. Sie erzählt von den Kämpfen und Leiden, aber auch von dem ungebrochenen Mut der Posener Deutschen, sie möchte in jedes deutsche Haus gelangen und um Teilnahme, Zuspruch und Hilfe werben.

Im Pariser „Matin“ vom 19. Februar 1919 war eine Unterredung eines Mitarbeiters der Zeitung mit Erzberger zu lesen, aus der für jeden Ostdeutschen folgender Satz bemerkenswert ist:

„Ganz beschäftigt mit seinem inneren Wiederaufbau unter einer republikanisch-sozialistischen Regierung, welcher die Welt in Staunen setzen wird, kann Deutschland mit diesen slawischen Provinzen nichts mehr anfangen, sie sind der neuen nationalen Einheit feindlich.“

Diese slawischen Provinzen sind Posen, Westpreußen und Oberschlesien, in denen neben den Polen mehrere Millionen Deutsche wohnen. Mag die Regierung diese Deutschen verlassen, sie werden sich aus eigener Kraft und mit Gottes Hilfe ihre völkischen Rechte zurückholen.

Das Baltikum

Von unserem Berliner Vertreter

:: **Berlin**, 25. Okt. Von unterrichteter Seite erfahren war, daß der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten die Versicherung der Regierung entgegennahm, alles zu tun, um einen Nachschub von Truppen und Munition für die sich zur Rückkehr weigernden Westrussischen Formationen zu verhindern.

:: **Berlin**, 25. Okt. Die „Deutsche Tageszeitung“ erfährt zuverlässig, daß die lettischen Truppen bei ihrem Vorgehen gegen die unter General Eberhardt stehenden deutschen Truppen von englischen Offizieren geführt wurden.

Das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen

ist am 22. Oktober unterzeichnet worden. Das Abkommen trägt den Charakter eines Provisoriums und soll als Basis eines zukünftigen Handelsvertrages dienen. Während bei allen Verträgen zwischen der deutschen und polnischen Regierung die Vorteile auf der polnischen Seite waren, ist es bei den jetzt abgeschlossenen Verhandlungen gelungen, die Polen zu Zugeständnissen zu bewegen, die uns den Verkehr mit dem Osten nicht unwesentlich erleichtern werden. Die hauptsächlichen Austauschartikel sind Kohlen und Kartoffel. Da wir aber von Polen mehr Kartoffellieferungen erhalten, als wir den Polen Kohlentransporte zu liefern haben, so ist auch die Valutafrage bei diesem neu geregelten Wirtschaftsabkommen von besonderer Bedeutung, da wir den Polen die Warensendungen bar bezahlen müssen. Die Valutafrage ist auf einer für uns günstigen Basis abgeschlossen worden und gibt keinen Anlaß zu irgend welchen Reibungen finanzieller Natur. Von polnischer Seite sind uns nebst dem Meistbegünstigungsrecht und festen Eisenbahntarifen auch der freie Durchgangsverkehr nach dem Osten zugestanden worden, was für die Kohlenversorgung von Ostpreußen von eminenter Tragweite ist. Das Provisorium mit Polen ist unter der Bedingung abgeschlossen worden, daß alle Vereinbarungen loyal eingehalten werden. Sollte ein Kontrahent aus irgend einem Grunde gegen diese Vereinbarungen verstoßen, so steht dem anderen Kontrahenten zu, das Provisorium zu kündigen.

Levien wird nicht ausgeliefert

Berlin, 25. Okt. Wie wir aus gut informierter Quelle erfahren, hat die Regierung Deutsch-Oesterreichs dem Vertreter der Münchener Staatsanwaltschaft nunmehr endgültig erklärt, daß sie es ablehne, den Münchener Kommunistenführer Dr. Levien auszuliefern.

Die Uninteressierten

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben:

Die Verhandlungen des zweiten Unterausschusses des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, die jetzt in Berlin im beschränkten Raum stattfinden, werden in den Sitzungssaal des Herrenhauses wandern und dort einer breiteren Oeffentlichkeit Gelegenheit geben, den Feststellungen zu folgen, wen die Schuld am Kriege trifft. Heute schon besitzen aber diese öffentlichen Verhandlungen einige Bedeutung. Sie nehmen in der politischen Debatte einen breiten Raum ein, Nationalversammlung und preußische Landesversammlung verschwinden hinter diesen Verhandlungen, die sich an die ganze Welt richten. Der deutsche Wahrheits-Narr sucht die Wahrheit. Er will durch diese öffentlichen Feststellungen sich entweder als den Schuldigen bekennen oder seine Unschuld bezeugen. Wenn man den Verhandlungen folgt, so hat man das Empfinden, als ob gewisse Kreise es lieber sehen würden, wenn wir die Schuldigen blieben. Heute aber schon steht soviel fest, daß, wenn unsere Unschuld erwiesen wird, uns diese öffentliche Verhandlung nicht das mindeste nützen wird. Die Entente zeigt sich völlig uninteressiert. Man hat wohl einer Anzahl Auslandsvertretern Plätze eingeräumt und sie (wie immer) der deutschen Presse gegenüber bevorzugt, aber sie allein vermögen doch nicht, die Ansicht der maßgebenden Ententekreise zu ändern, daß es ganz gleichgültig sei, was aus den Verhandlungen herauskommt.

Charakteristisch für die Auffassung der Entente ist jedenfalls eine Unterredung, die ich mit einem augenblicklich in Berlin weilenden englischen Politiker hatte. Nach seiner Ansicht über die Verhandlungen über die Schuldfrage befragt, zuckte er die Achsel. Die Entente-Regierungen stehen, meinte er, dieser Untersuchung völlig interesselos gegenüber, was auch herauskommen möge. Deutschland habe seine Schuld am Kriege durch die Unterschrift des Friedensprotokolls eingestanden. Die Entente habe daher keinen Grund, sich noch einmal mit dieser Sache zu beschäftigen. Sie werde auch niemals irgend etwas veröffentlichen, was mit der Schuldfrage zusammenhänge. Wenn Deutschland sich nicht schuldig fühlte, hätte es das Eingeständnis im Versailler Abkommen nicht machen dürfen.

Dieser Standpunkt ist klar und nicht mißzuverstehen. Wir wollen die Wahrheit, wollen uns schließlich selbst davon überzeugen, daß wir dieses und jenes Versäumnis bei der Suche nach dem Frieden gemacht haben, die Entente aber: sie hat den Schein der deutschen Schuld in der Tasche, ihr ist es gleichgültig, was die öffentlichen Verhandlungen über die Kriegsschuld ergeben. Das hätte man sich eigentlich doch vorher sagen können. Endlich müssen uns die „Sieger“ von Versailles doch bekannt sein. Weshalb noch einmal der Versuch, nach der Wahrheit zu forschen. Das Urteil wird doch stets einseitig sein. Der Schein von Versailles spricht gegen uns, dieses Schwächedokument, das keine entgegengesetzte Feststellung auslöschen kann. Die Entente ist großzügig: sie forscht nicht mehr in der Vergangenheit, sie ist zufrieden mit dem Erreichten und man kann es ihr nicht verdenken, daß sie diesen Standpunkt einnimmt. Soll sie sich jetzt, da die Notwendigkeit nicht vorliegt, wirklich selbst verurteilen?

* * *

„Homme libre“ schreibt über den Untersuchungsausschuß der deutschen Nationalversammlung zur Schuldfrage am Kriege: „Alle Ergebnisse der deutschen Untersuchung sind für die Alliierten ohne Bedeutung. Die Schuldfrage wird nicht von den Deutschen, sondern von den Alliierten entschieden werden. Auch die Mitwirkung der Deutschen wird nicht gewünscht.“

---

* Der Reichskommissar für Ein- und Ausfuhr, Meininger, ist zurückgetreten. Sein Nachfolger, Trendelburg, ist dem früheren Reichsminister Wissel besonders nahe gestanden.

* **Salzburg** sucht Anschluß an Bayern, da es von Wien nichts mehr zu erwarten habe.

* Die belgische Regierung hat die Zuckerkonvention gekündigt.

UNIVERSITÄTS-BIBLIOTHEK HEIDELBERG http://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/badischepost1919/0301 gefördert durch die DFG